

J + Ft (3)



AB

Beschluss(Resolutions-)antrag

der ÖVP-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Mag. Manfred JURACZKA, DI Elisabeth OLISCHAR und Ingrid KOROSSEC, eingebracht in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 01.06.2017 zu Post 20 der Tagesordnung

betreffend vorzeitige Auflösung des Gemeinderates

"Wenn man nicht mehr miteinander arbeiten kann, soll man es sein lassen." Bürgermeister Michael Häupl am Rande der Landeshauptleute-Konferenz in Alpbach (APA, 12. Mai 2017).

Streit und Stillstand – das ist die Bilanz von eineinhalb Jahren Rot-Grün II in Wien. SPÖ und Grüne streiten miteinander und sie streiten untereinander. Wichtige Projekte bleiben liegen, obwohl Wien gerade jetzt vor großen Herausforderungen steht.

Breite Unterstützung gab es für Rot-Grün von Anfang nicht, wurden doch einige Stadträte nicht einmal von allen Gemeinderäten der Regierungsparteien gewählt. Bürgermeister Michael Häupl wollte mit Rot-Grün II „**ein weiteres Kapitel der Erfolgsgeschichte dieser Stadt schreiben**“, laut Maria Vassilakou hat sich Rot-Grün „**viel vorgenommen**“. Fast prophetisch ihre Worte bei der Regierungserklärung „**Wir werden sicher nicht in jedem Punkt in den kommenden fünf Jahren einer Meinung sein, das ist gut so, das liegt im Wesen der Demokratie.**“ (APA 24. November 2015).

Ein Jahr später garantiert Klubobmann David Ellensohn „**dass die Koalition gut zusammenarbeitet**“ (APA 23. November 2016), kritisiert gleichzeitig aber die **Querelen innerhalb der SPÖ Wien**: „**Am Fußballplatz wäre es günstig, wenn alle elf in einer Mannschaft zusammenspielen. Wenn sich ein Teil davon mit anderem beschäftigen muss, ist das nicht so praktisch.**“ (APA 18. November 2016) und weiter: „**Aber grundsätzlich ist die SPÖ eine stabile Partei.**“

Nach dem Rücktritt von Stadträtin Sonja Wehsely und dem Umbau des SPÖ-Regierungsteams hofft Ellensohn, dass „**die SPÖ nun wieder auf Touren kommt**“, denn „**es sei einiges an Arbeit liegen geblieben**“ (APA 20. Jänner 2017). Vassilakou und Ellensohn richteten einen „**Weckruf an den Partner, doch rasch wieder tätig zu werden**“ und überreichten zum Neustart ein „**Arbeitspaket**“ an die SPÖ Wien (APA 23. Jänner 2017).

Auf die wiederholte Kritik der Grünen, dass sich die SPÖ nicht in Personaldiskussionen verwickeln, sondern „**Sacharbeit für die Wiener leisten soll**“, reagiert Bürgermeister Häupl beim SPÖ Wien-Landesparteitag: „**Ellensohn soll das seinem Spiegelbild in der Früh selber sagen.**“ Bezugnehmend auf das grüne „**Theater um das Projekt Heumarkt**“ stellte er klar „**Opposition und Regierung geht gleichzeitig nicht, man muss sich immer entscheiden.**“ (APA 29. April 2017).

Dem Dauerstreit in der Landesregierung fiel leider die inhaltliche Arbeit zum Opfer. Knapper inhaltlicher Kommentar der APA zum Ein-Jahres-Jubiläum: „**Große Würfe blieben bisher aus**“ (APA 18. November 2016). Bei **zentralen Herausforderungen** ziehen Rot und Grün nicht an einem Strang oder kommen zu keinem Ergebnis:

Lobautunnel

Noch vor Beschluss des Koalitionspaktes verkündete Vizebürgermeisterin Vassilakou auf der grünen Landesversammlung, dass „**der Lobautunnel de facto abgesagt ist.**“ (APA 14. November 2015), für Bürgermeister Häupl hingegen steht „**die Tunnellösung an oberster Stelle.**“ (APA 16. Dezember 2015). Seit Amtsantritt der Koalition kündigt Vizebürgermeisterin Vassilakou Alternativen zum Lobautunnel an, bis dato ohne Ergebnis. Neben den politischen

Querelen laufen auch noch Umweltverträglichkeitsverfahren, die ASFINAG hat daher einen möglichen Baubeginn auf das Jahr 2019 verschoben (APA 24. Mai 2017).

Dritte Piste

Das Nein des Bundesverwaltungsgerichtes zum Bau der dritten Piste am Flughafen Wien wurde von den Grünen begrüßt, von der SPÖ kritisiert. Für Bürgermeister Häupl ist *„der Bau der Dritten Piste unerlässlich, wenn Wien seine Hub-Funktion nach Ost und nach West erhalten will.“* (APA 14. Februar 2017).

Mindestsicherung

Seit Herbst 2016 wird über eine Reform der Mindestsicherung in Wien diskutiert. Der Vorstoß von Stadträtin Sonja Wehsely für eine Wartefrist wurde von Vizebürgermeisterin Vassilakou mit den Worten *„Schnellschüsse und Alleingänge sind kontraproduktiv“* zurückgewiesen (Standard online 22. Oktober 2016). Nach der Regierungsumbildung forderte die grüne Vizebürgermeisterin, dass *„die Verhandlungen rasch abgeschlossen werden“* (APA 23. Jänner 2017), zuletzt wurde eine Einigung bis Sommer in Aussicht gestellt.

Wohnen

Wien wächst, aber es fehlt an entsprechendem Wohnraum. Laut SPÖ würden Naturschutz- oder Flächenwidmungsverfahren dringend nötige Wohnbauten verhindern, *„die Widmungsverfahren müssen endlich beschleunigt werden“*, fordert Michael Ludwig (Kronenzeitung 10. Februar 2016). Konter der Grünen nach der Regierungsumbildung: Es brauche Reformen im Bereich Wiener Wohnen, denn die Struktur der Wohnungsvermittlung sei *„undurchsichtig“*, gleichzeitig würden Reparaturen mitunter *„ewig“* dauern und Bewohner sich alleingelassen fühlen - wie man aus zahlreichen Beschwerden wisse.“ (APA 23. Jänner 2017).

Gesundheit

Wenn der Stadtrechnungshof die langen Wartezeiten auf eine Strahlentherapie bemängelt, stimmen auch die Grünen in die Kritik der Opposition am KAV ein (APA 18. Jänner 2017). Stadträtin Wehsely hat bei ihrem Abgang jede Menge Baustellen im Gesundheitsressort hinterlassen, eine rot-grüne Einigung zur dringend notwendigen Reform des KAV ist nach wie vor nicht in Sicht.

Von **„Leuchtturmprojekten“** weit und breit keine Spur, selbst in Detailfragen sind sich SPÖ und Grüne nicht einig. Für das Wien Museum hat Bürgermeister Häupl *„andere Ideen als bisher diskutiert“* (APA 13. Februar 2017), der geplante Radweg am Getreidemarkt *„sei auch nicht in Stein gemeißelt“* (APA 8. Mai 2017). Wurden bei früheren Klubtagungen der SPÖ Wien noch der Gratis-Kindergarten bzw. der Neubau von Gemeindewohnungen beschlossen, so war heuer der künftige Live-Auftritt von Musikern in U-Bahn-Stationen das Highlight. Aber nicht einmal bei diesem Mini-Projekt von Stadträtin Ulli Sima gibt es Übereinstimmung in der rot-grünen Koalition. Der grüne Gemeinderat Margulies forderte ein fixes Gehalt für die Künstler, was von den Wiener Linien aber postwendend zurückgewiesen wurde (APA 5. Mai 2017).

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellt daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Gemäß § 13 Abs. 2 Wiener Stadtverfassung wird der Gemeinderat der Stadt Wien vor Ablauf der Wahlperiode aufgelöst.

Der Herr Bürgermeister wird ersucht, gemäß § 3 Wiener Gemeindewahlordnung 1996 – GWO 1996 die Neuwahl der Mitglieder des Gemeinderates und der Bezirksvertretungen so anzusetzen, dass diese am 15. Oktober 2017 – gleichzeitig mit der Nationalratswahl – stattfinden kann.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 01.06.2017

